

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis RM. 4.50 vierteljährlich, RM. 1.60 monatlich.
Frei ins Haus geliefert; durch die Post im inlandsdeutschen
Verkehr RM. 4.88 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Bettamerzellen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 40, in Calmbach durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 22.

Nr. 33

Dienstag, 10. Februar 1920

Jahrgang 54

Die Uebergabe der Liste.

Am Samstag abend 1/10 Uhr erschien der französische Geschäftsträger de Marcilly in Berlin bei Reichsminister Bauer und übergab ihm die beiden Noten über die Auslieferung und die Liste hierzu. Die Schreiben haben wörtlich denselben Inhalt, wie die an Herrn von Versner übergebenen Schriftstücke. Die Uebergabe war in Berlin spätestens am Samstag früh erwartet worden, durch gewisse Vorgänge in Paris, über die Artikel in einem Teil der englischen Presse. „Daily Chronicle“, das Blatt Lloyd Georges, schrieb, man wisse nicht, ob die in Berlin veröffentlichte Auslieferungsliste echt sei. Die britische Regierung würde diese Liste niemals dulden. Wenn sie echt wäre, so würde der diplomatische Organismus der Verbündeten in Paris wieder eine unentschuldbare Dummheit begangen haben. Es sei klar, daß Männer wie Hindenburg, Ludendorff, Bethmann, nicht auf der Liste hätten stehen dürfen. Mehrfach schrieben andere Blätter wie denn in der öffentlichen Meinung Englands — wohl durch die anläßliche Schrift des Sachverständigen bei der Friedenskonferenz Keynes — ein bemerkenswerter Umstand in der Beurteilung des Friedensvertrags stattgefunden hat. Dieser Tatsache gegenüber glaubte Lloyd George die bisher auch von ihm gebilligte Nachpolitik der Franzosen nicht länger mitmachen zu dürfen und er scheint zu weiteren Einschränkungen bereit gewesen zu sein. Wenigstens bemerkte die „Times“, das deutschfeindliche Blatt Großbritanniens, es habe den Anschein, als ob Lloyd George in der Auslieferungsliste mit der französischen Richtung nicht mehr übereinstimme. Das sei unstatthaft; es müsse entschieden verlangt werden, daß die Einheitsfront der Verbündeten innegehalten werde und daß die englische Regierung ihr volles Einverständnis mit Frankreich erkläre. Aus Furcht vor dem Einfluß der „Times“ aber waren stets in Uebereinstimmung. Andererseits wird vermutet, daß Frankreich die Abwendung gewissermaßen auf eigene Faust durchgesetzt habe, um die englische Regierung vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Das wäre zwar nicht unmöglich, aber doch wohl nicht wahrscheinlich. Die Ansicht der Alliierten und Afghanierten in der Auslieferungsliste ist geteilt. Amerika und Japan sollen gegen die Auslieferung sein. In seiner überaus mißlichen allgemeinen Lage wird aber Frankreich doch wohl es nicht unternehmen, Amerika direkt vor den Kopf zu stoßen, was es tun würde, wenn es eine Maßregel von so unübersehbarer Tragweite gegen den Willen der Mehrheit der Völkerverkonferenz zu Tat machte.

Reuter meldet, die Völkerverkonferenz werde nun den nächsten Schritt der deutschen Regierung abwarten und man darf vielleicht daraus schließen, daß Deutschland damit der Weg zu Verhandlungen eröffnet werden soll. Daß die Nachricht des Mailänder „Corriere della Sera“, daß Lloyd George wenigstens die Auslieferung an ein Völkervergessen zugehen wolle, zutrifft, kann allerdings nach dem Vorgehen Frankreichs als einigermaßen zweifelhaft erscheinen.

Die Reichsregierung wird, wie verlautet, die Auslieferungsliste zunächst amtlich noch nicht beantworten, sondern erst die angekündigte Antwort auf ihre Note vom 25. Januar abwarten. Der Reichsminister des Reichs, Müller, hat dem englischen und französischen Geschäftsträger in Berlin die Versicherung gegeben, daß die Ablehnung der Weitergabe der Liste durch Herrn von Versner nicht im Sinne der Reichsregierung gewesen sei. Uebrigens soll auch der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer es abgelehnt haben, die Noten in Paris in Empfang zu nehmen. Mayer befindet sich noch in Berlin.

Die Auslieferungsliste.

Die am Samstag dem Reichsminister übergebenen Noten lauten:

Herr Präsident! In Ausführung des Paragraphen 3 des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolls beehre ich mich, Ihnen anbei im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der britischen, französischen, belgischen, polnischen, rumänischen und jugoslawischen Regierung, gemäß Artikel 228, Absatz 2, des Versailler Vertrages aufgestellten Liste zu überreichen. In der Aufstellung dieser Liste sind nicht alle die mit eingegriffen, die sich im Laufe des Krieges der von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die oben bezeichneten Regierungen haben geglaubt, schiedsgerichtlich nur Personen aufzuführen zu sollen, die anscheinend die schwerste Verantwortung trifft. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen bleibt weit zurück hinter der Zahl der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der Geize und Gebräuche des Krieges begangenen Rechtswidrigkeiten. Es liegt nicht in der Absicht der genannten Regierungen, die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in der beigefügten Liste nicht mit inbegriffen sind. Die vorliegende Mitteilung berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihres Gebiets zu verfolgen.

Gemäß Artikel 228 des Friedensvertrags sind die auf der beigefügten Liste aufgeführten Schuldigen, sei es dem Namen nach, sei es nach dem Grade der Amtsausübung oder Amtverwendung, zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen waren, bezeichnet. Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der deutschen Regierung, wie dies in Artikel 230 des Vertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genauen Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte. Eine weitere Mitteilung wird sie in Beantwortung der deutschen Note vom 25. Januar, die Umstände wissen lassen, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrags über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen.

Das zweite Schriftstück lautet:

Paris, 7. Febr.

Herr Reichsminister! In Ausführung des Artikel 228 bis 230 des Vertrages von Versailles und gemäß Paragraph 3 des Protokolls vom 28. Juni 1919 habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz am 3. Februar Herrn v. Versner, Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der aufgestellten Liste zugestellt. Herr v. Versner hat auf diese Mitteilung mit einem Brief geantwortet, dessen Abschrift beiliegt. Die Mächte haben daran nicht geäußert, daß die Handlung des Herrn v. Versner eine persönliche Kundgebung war, für die die deutsche Regierung keine Verantwortung trägt. Sie haben in der Tat nicht annehmen können, daß diese Regierung sich der Verpflichtung zu entziehen beabsichtigt, wie sie durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles eingegangen ist, und daß sie nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Friedensvertrags sich vorsätzlich weigert, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen. Ich habe also die Ehre, Sie Excellenz die Liste, die Herr v. Versner in Empfang zu nehmen sich weigert, überreichen zu lassen, sowie den Brief, der ihr beigelegt war. Die Mächte haben demnach die durch das Protokoll vom 28. Juni bestimmte Frist eingehalten.

A. Millerand.

Die Blätter verlangen, daß die Reichsregierung nun auch ihrerseits das ganze umfangreiche Material über Verbrechen, die von Seiten der Feinde begangen worden sind, veröffentlichte.

Rundgebung gegen die Auslieferung.

Stuttgart, 9. Febr.

Der Bürgererrat von Groß-Stuttgart hatte gestern vormittag 11 Uhr zwei Versammlungen im Siegle-Haus und im Stadgartensaal einberufen, um gegen die Aus-

lieferung Widerspruch zu erheben. Wie sehr der Bürgererrat damit einem Bedürfnis und Herzenswunsch der Einwohnererschaft entgegenkam, bewies die ungeheuer große Beteiligung aus allen Kreisen. Lange vor Beginn der Versammlungen waren die großen Säle bis auf den letzten Platz besetzt und Tausende drängten sich noch in den Straßen, so daß schnell eine dritte Versammlung im „Herzog Christoph“ anberaumt werden mußte, dessen Saal in wenigen Minuten überfüllt war. Die vor dem Stadgartensaal Darrenden wurden in den Garten eingelassen und von der Terrasse aus wurde auch an sie eine Ansprache gehalten.

Im Sieglehaus sprach zunächst Abg. Andre (Zentr.). Er führte aus, der Friedensvertrag sei zwar unter Zwang angenommen worden, aber man habe damals keinen Zweifel gelassen, daß wir die Auslieferung für undurchführbar halten. Wir Deutsche geben uns nicht verloren; wir seien bereit, auch weitere Härten auf uns zu nehmen.

Herr Franke erklärte namens des Reichswirtschaftsverbands der deutschen Berufs Soldaten, daß kein Soldat eine Hand zur Auslieferung rühren werde.

Dorpat Biele (D. Volksp.) betonte, bei dem Bild in die Versammlung gewinne man den Eindruck, als ob das Volk sich wieder auf sich selbst besinne. Die wirtschaftliche Erdoberfläche sei vollendet, jetzt gehe der Feind an unsere Ehre. Nicht nur um die 900 handle es sich, sondern um die Ehre des ganzen Volks. Gemeinderat Fischer (Reichstagsabg.) hebt hervor, daß man zu dem Gerichtsverfahren der Alliierten ein unbegrenztes Mißtrauen haben müsse, und er warnt die Feinde; komme das deutsche Volk in Not und Elend, so werde dieses Schicksal auch sie treffen.

Abg. Wider (Bürgerpartei) spricht als Kriegsteilnehmer. Die Auslieferung sei nichts als ein schändiges Erpressungsmanöver. Die Feinde wollen Deutschland in einen Bürgerkrieg stürzen, um einmarschieren und neue Gebiete besetzen zu können. Sie haben Angst, daß einer der Führer sich an die Spitze des deutschen Volks stellen könnte. Schuldige sollen bestraft werden, aber nur soweit sie sich in der Vergangenheit veranlassen haben. Abg. Bötz (D. dem. Partei) wies eindringlich darauf hin, daß die Selbstbestimmung eines Volks in Frage stehe. Wir müssen Treue üben. Wie die Herrführer sich für uns opferten, so wollen wir uns für sie opfern.

Im Stadgartensaal sprach zuerst Oberstudienrat Dr. Egelschlag (D. Volksp.), der flammenden Widerspruch erhob gegen die schmachvolle Zustimmung der Feinde. Es schreit zum Himmel, wie sie an unseren Landsleuten in fremden Erdteilen gehandelt, wie sie unsere Gefangenen gequält, auf der See Wehrlose getötet, durch Fliegerbomben in offenen Städten Kinder gemordet und durch die Hungerblockade Hunderttausende vernichtet haben. Und diese Feinde wollen deutsche Herrscher verurteilen! Das deutsche Volk soll als Judas Ischariot gebrandmarkt werden. Wir rufen ihnen entgegen: Niemals!

Abg. Dr. Weiswänger (Bürgerp.): Wenn auch der Friedensvertrag unterzeichnet sei, die Bedingung der Auslieferung sei unerfüllbar. Ein Mann ein Wort gelte nichts beim Verband. Der vorzeitig gewiesene Wilson sei entweder ein Schwächling oder ein Schwindler. Frankreich solle sich der Zeiten erinnern, wo Ludwig XIV. und Napoleon die deutschen Gauen verwüsteten — ohne Wiedergutmachung. — Abg. Joh. Fischer (D. dem. Partei) erklärte, der Verband erniedrige sich selbst durch seine Zustimmung. Wir würden, wenn wir sie annähmen, aus der Reihe der Völker gestrichen, die auf Ansehen und Ehre Anspruch haben. — Abg. Hanser (Zentr.) bezeichnete die Auslieferung als eine ungeheuerliche und ehrlose Forderung. Alles, was unsere Kriegsgefangenen in Feindesland erdulden mußten, werde veröffentlicht werden. Die Welt werde sich entsetzen, wenn sie das erfahre. Das ganze Volk müsse hinter der Regierung stehen, wenn sie die Auslieferung ablehne.

Im Garten sprachen nach Abg. Joh. Fischer, Abg. Hanser, der Dichter Maxim Lang und ein Kriegsinvalide, im Herzog Christoph Inspektor Schopfer.

Fortsetzung auf der 4. Seite.



Einberufung des Reichstages des Reichstages

7. Febr. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der deutschen Fraktion der Nationalversammlung beschloßen einstimmig, aus Anlaß des Auslieferungsbefehls die Einberufung der Nationalversammlung zu fordern.

Belagerungszustand.

Berlin, 7. Febr. Die am 13. Februar für das Reich mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden erlassene Verordnung über den Ausnahmezustand ist inzwischen im Einverständnis mit der sächsischen Regierung auch auf das Gebiet des Freistaats Sachsen ausgedehnt worden.

Verfassungsfrage und Staatsgerichtshof.

Braunschweig, 7. Febr. Die Landesversammlung hat beschloßen, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofs des Deutschen Reichs darüber eingeholt werden soll, ob die jetzige Landesversammlung noch zu Recht besteht oder nicht.

Sonderbare Deutsche.

Bern, 8. Febr. In Basel traf am Donnerstagabend ein aus 1000 Personen bestehender Transport deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich ein, der den schweizerischen Behörden als Transport polnischer Arbeiter übergeben und als solcher von der Schweiz zur Weiterführung nach Polen über Oesterreich übernommen wurde. Soweit die bisherigen Feststellungen ein Urteil gestatten, handelt es sich um deutsche Kriegsgefangene, die sich teilweise den französischen Behörden gegenüber als Polen bezeichnet hatten, vermutlich um hierdurch eine Vorzugsbehandlung zu erfahren. Bei ihrer Ankunft in Basel verweigerten diese Leute die Weiterfahrt, bezeichneten sich als Reichsdeutsche und verlangten, nach Deutschland entlassen zu werden. Auf der Fahrt von Basel an die österreichische Grenze verließen rund 50 von ihnen den Zug. Ein Teil wurde wieder zurückgebracht, während der andere entkam. Voraussichtlich werden die entkommenen Personen von der Schweiz den deutschen Behörden in Konstanz übergeben werden. Untersuchung ist im Gange.

Thronbewerber.

Bern, 8. Febr. Als Bewerber für den ungarischen Thron werden nach der „Gazette de Lausanne“ noch genannt: Prinz Elias Robert von Bourbon-Parma, letzter Bruder der früheren Kaiserin Zita und des bekannten Prinzen Sixtus, geb. 1880, vermählt mit Erzherzogin Maria Anna, Tochter des Erzherzogs Friedrich, ferner Prinz Pyrrill von Bulgarien, zweiter Sohn des Königs Ferdinand, (geb. 1895, röm. kath.), und Graf von Rosenborg, Prinz Waga, ein Waise des 1913 in Saloniki ermordeten Königs Georg I. von Griechenland. Prinz Waga hat für sich und seine Nachkommen auf die Thronfolge in Dänemark verzichtet. Prinz Waga, geb. 1887, ist mit Marilte Calvi di Bergolo (kath.) vermählt.

Alsquith gegen den Frieden von Versailles.

London, 8. Febr. In einer Rede erklärte Alsquith, der Friede von Versailles ist nicht der Friede, den wir wollten. Wir werden niemals mehr als 2 Milliarden Pfund Sterling (40 Milliarden Goldmark) erhalten. Die Entschädigung sollte in genauen Beträgen festgesetzt sein. Die Wiedergutmachungskommission muß dem Völkerbund unterstellt werden und in der Kommission sollen auch die befreiten und die neutralen Länder vertreten sein.

Der Krieg im Osten.

Haag, 8. Febr. Aus Tokio wird gemeldet, daß General Semenov mit Hilfe der Tscheko-Slowaken Jekutat wieder erobert hat.

Wien, 7. Febr. In der sechsten Konferenz der internationalen Rote, Tegeyrarhin- und Tep'onang-stellenorganisationen wurde beschloßen, einen internationalen Kongress im Juli ds. J. in Matkan abzuhalten.

Paris, 7. Febr. Zum Vorsitzenden des Obersten Wirtschaftsrats wurde der französische Handelsminister Isaac gewählt.

Haag, 8. Febr. Wie der „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, sagte Senator Smoot im Senat, in den Vereinigten Staaten seien ungläubliche Summen in deutscher Mark angelegt. Alles müsse getan werden, um die internationale Finanzlage zu verbessern.



Freiherr vom Lersner

Baden.

Karlsruhe, 8. Febr. Der Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung Georg Schöpslin teilte seinem sächsischen Wahlkreis mit, daß er infolge seiner Uebernahme der Chefredaktion des „Volkshelms“ nicht mehr in der Lage sei, für diesen Wahlkreis zum Reichstag zu kandidieren.

Karlsruhe, 8. Febr. Wie berichtet wurde, haben verschiedene ländliche Kommunalverbände sich gewei-gert, der Auforderung der Reichsgetreidestelle auf Ab-lieferung des über den 15. Februar eingelagerten Brotgetreides nachzukommen. In einer amtlichen Presse-notiz der „Karls. Ztg.“ wird nun darauf hingewiesen, daß die Anordnung der Reichsgetreidestelle durchge-führt werden muß. Es sei aber anzunehmen, daß die augenblickliche Krisis nach Einleitung einer umfang-reichen Drusch- und Kollernalaktion im Norden binnen kur-zen gemildert wird. Der Widerstand einzelner Kommu-nalverbände beweise, daß sie sich des Einflusses der Lage nicht völlig bewußt sind. Baden sei als Bedarfsland stets von Norddeutschland abhängig. Wenn die Kom-munalverbände der Anordnung der Reichsgetreidestelle nicht nachkämen, so hätten sie die Entziehung des Rechts der Selbstwirtschaft zu gewärtigen und außerdem drohe unter Umständen Baden eine Sperre der Kohlenzufuhr. Dies würde unser gesamtes Wirtschaftsleben lahm legen und deshalb sei die Ablieferung unter allen Umständen not-wendig.

Geroldsbach, 8. Febr. Wegen Kohlenmangels hat die Weisenbacher Papierfabrik erneut ihren Betrieb still-gelegt.

Mannheim, 8. Febr. Die Rheinschiffer haben beschloßen, dafür zu sorgen, daß die badische und würt-tembergische Industrie besser mit Kohlen versorgt wird, und sich bereit erklärt, im Februar an den beiden freien Sonntagen gegen Bezahlung zu fahren und auch Ueber-funden zu machen. An die Bergarbeiter wurde die For-derung gerichtet, von ihrem Verlangen auf Einführung der Sechsstundenfrist Abstand zu nehmen.

Bruchsal, 8. Febr. Bei einem Einbruchdiebstahl in die Peterskirche erkrachten die Diebe zwei Tabernakel, stahlen daraus eine Konstranz und mehrere wertvolle kirchliche Geräte.

Hinterzarten (bei Neustadt), 8. Febr. Der unter dem Verdacht des Mordmordes an dem Arbeiter Ernst Jähringer verhaftete Josef Faller hat ein Geständnis abgelegt, dabei aber erklärt, er habe sein Opfer nicht töten wollen.

Blumberg, Amt Donauwisingen, 8. Febr. Wie im unweit gelegenen Gutmadingen werden jetzt auch auf hiesiger Gemarkung der hiesig. Fürstenberg Standesherr-schaft gehörend seit einigen Tagen verfahrensweise Gra-bungen nach Eisenerzen ausgeführt. In frü-heren Zeiten befanden sich in Blumberg größere Erzau-berungsanlagen mit Hochofen, Schmelzhütten und dgl., die das in der Nähe von Löhberg gewonnene Erz weiter verarbeiteten.

Kadolszell, 8. Febr. Ein Sohn des Landwirts Fr. Bogler kam etwas spät nach Hause. Da er seinen Hauschlüssel bei sich hatte und keine im Schlaf befind-lichen Eltern nicht wecken wollte, suchte er durch die Scheuer in das Haus zu gelangen. Ein Hund hörte ein Geräusch, stieß in die Scheuer und gab, da er Ein-brucher vor sich glaubte, auf seinem Revolver zwei Schüsse ab, von denen einer dem Bruder durch die Lunge ging, der andere dessen Hand schwer verletzete.

Waldsiedl, 8. Febr. Im Monat Dezember 1919 wurden von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Preistreibe-ri, Schleichhandels usw. in 247 Fällen Geldstrafen in Höhe von über 765 000 Mk., ferner die Einziehung von über 325 000 Mk. und längere Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Singen a. S., 8. Febr. Auf der Lokomotive eines nach Bülchingen abgegangenen Personenzugs wurden zwei Zentner Weizen beschlagnahmt, die unter Kohlen verpackt waren.

Württemberg.

Stuttgart, 8. Febr. (Weinhöchstpreise.) Der Weingärtnerverein Groß-Stuttgart hat gegen die um 150 Mark erhöhten neuen Weinpreise Widerspruch erhoben, da sie nicht einmal die Selbstkosten decken.

Stuttgart, 8. Febr. (Die Forderungen der Bäcker.) Die Stadtverwaltung hat zwischen Arbeitge-bern und Gehilfen im Bäckergerwerbe eine Einigung erzielt. Die Gesellen sollen bei freier Station, die zu 56 Mark in der Woche veranschlagt ist, 70 bis 80 Mark Lohn er-halten. Die Folge wird ein weiterer scharfer Brotaus-schlag sein.

Zuffenhausen, 7. Febr. (Überfall.) In der Nacht wurde ein 23-jähriges Mädchen aus Kornwestheim von zwei hiesigen 20-jährigen Burchen auf dem Heimweg an-gefallen und schwer mißhandelt. Die Kerle sind ver-haftet.

Hall, 7. Febr. (Kriegerehrenmal.) Der Gemein-derat hat 10 000 Mark zur Errichtung eines Kriegerehrens-mals bewilligt. 11 Christafeln sollen die Namen der 400 Gefallenen aufnehmen. Nach der Soldatenfriedhof wird mit einem Aufwand von 10 000 Mark neu her-gerichtet.

Mergentheim, 7. Febr. (Was alles gestohlen wird.) Stadtschäfer Weidinger kaufte von der Reichs-Vermögens-Neuauflage hier ein kleines Häuschen, um es als Unterstand für seine Schafe zu verwenden. Als er nach einigen Tagen darnach sehen wollte, war es ver-schwunden.

Waldsiedl b. Wendlingen, 7. Febr. Nachts wur-den dem Schäfer aus seinem Pferch drei wertvolle Schafe gestohlen und in der Nähe abgeschlachtet. Der oder die Diebe raubten den Tieren die Felle ab und nahmen die

selben mit; die Kadaver warfen sie ungeschützt in die in der Nähe vorbeistießende Saure, wo sie erst nach Tagen gefunden wurden.

Blauenren, 7. Febr. (Abgefüßt.) Seminarist Friedrich Bröcher, Sohn des Pfarrers in Oberboi-hingen, ist von dem Fuchsfellen abgeföhrt. Der Sturz wurde vom Klosterhof aus bemerkt, so daß sofort ärzt-liche Hilfe zur Stelle war. Im Krankenhaus ist der junge Mann gestorben.

Ulm, 7. Febr. (Der Ulmer Index.) Vom Vorstand des Statistischen Amtes, Dölling, sind die so-genannten Indexzahlen für die in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung für alle Bedarfsartikel, be-zogen auf die Stadt Ulm, ausgemittelt worden. Danach haben sich die Preise für Lebensmittel um 57,7 Prozent, Brenn- und Leuchtstoffe um 8,2 Prozent, Wohnungen um 8,5 Prozent, Kleidung um 35 Prozent, die anderen Gebrauchsdinge um 1 Prozent erhöht. Die Lebenshaltung einer bürgerlichen Familie in Ulm ist sonach von Mitte Dezember bis Mitte Januar um 42,82 Prozent gestiegen.

Schweningen, 7. Febr. (Kohledemonstra-tion.) Infolge angeblich ungenügender Kohlenbelieferung des Reservelazarets in Bad Dürheim veranstalteten et-was 150 Soldaten einen Demonstrationzug durch den Ort, wobei Plakatafeln mit Aufschriften wie „Für Buch-händler hat man Kohlen, für uns aber nicht“ usw. her-umgetragen wurden.

Obingen, 8. Febr. (Verhaftung.) Wegen Ver-dacht des Verbrechens gegen das keimende Leben ist, wie der „Neue Alb-Post“ hört, der Heilkundige Hoß von hier gestern von Beamten der Staatsanwaltschaft domoile verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis nach Dillingen eingeliefert worden.

Biberach, 8. Febr. (Tödlicher Sturz.) Haupt-lehrer Edmund Hofele geriet spät abends infolge von Verwechslung der Türen auf die Kellerterrasse und stürzte so unglücklich hinab, daß er bald darauf tot war. Er hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern.

Die württ. Landwirtschaftskammer.

Nach den Feststellungen der Landeswahlkommission wurden bei der Wahl in die Landwirtschaftskammer ge-wählt:

I. Wahlbezirk (Jagstkreis) Landwirte: Oeko-nomierat Abr. Vogt-Hohsen, Landwirt Heege-Dau-sen a. J., Landesökonomierat Schöffler-Weinsberg, Landwirt Birtz-Maulach, O. A. Crailsheim, Landwirt Spörer-Vangenbeutlingen, Landwirt Grimm-Vietig-heim, Schultheiß Vogt-Büttelbrunn, O. A. Gerabronn, Ökonomierat Zeiner-Neubaus, O. A. Mergentheim, Gutbesitzer Müller-Neustadthof, O. A. Gaildorf, Öeko-nomierat Dierbach-Hall, Gutbesitzer Bei-hewen-ger-Linzell, O. A. Gmünd, Landwirt Weber-Waldhau-sen, O. A. Neresheim, Gutbesitzer Abg. Herrmann-Blansleben, O. A. Gerabronn. Von den Arbeitern wurde gewählt: Dienstknecht Gramm-Bühlertimmern, Landarbeiter Oppold-Reichenbach, O. A. Ellwangen und Landarbeiter Köhler-Ellenberg, O. A. Ellwangen.

II. Wahlbezirk (Neckar) Landwirte: E. Hornung, Gutbesitzer in Schaubach, O. A. Marbach, Dr. J. Wacker, Professor in Hohenheim, Landwirt Jakob Schmaltzried in Müchingen, O. A. Leonberg, Johan-nes Kugler, Weingärtner in Fellbach, Jakob Mel-schingen, Landwirt in Unterenzingen, O. A. Nürtingen, Hans Markaller, Domänenpächter in Nischholzof, O. A. Ludwigsburg, Wilhelm Treiber, Domänenpäc-hter in Schöckhof, O. A. Böblingen, Hermann Nieu-hardt, Landwirt in Neuses, O. A. Waiblingen, Hein-rich Körner, Gutbesitzer in Baihingen-Eng, Friedrich Schiff, Landwirt in Oberderfen, O. A. Schorndorf, und Wilhelm Mehger, Ökonomierat in Ungeheuerhof, O. A. Badnang. Von den landwirtschaftlichen Arbeitern wur-den gewählt die drei ersten Kandidaten der gemeinsamen Liste: Paul Stauff, Metzler in Böblingen, Oberhard Kuppinger, Vorarbeiter in Hofmauer, O. A. Leon-berg und Wilhelm Brodbeck, Landarbeiter in Hohen-heim.

III. Wahlbezirk (Schwarzwaldkreis) Landwirte: Landwirt Braun-Weilheim, O. A. Tübingen, Landwirt Dingler-Calw, Ökonomierat Mangold-Neutlingen, Schultheiß Schwörer-Oberrietten O. A. Münsingen, Landwirt Adlung-Sindlingen, O. A. Herrenberg, Land-wirt Hermann-Hohennüßlingen, O. A. Horb, Gemein-de-rat Saile-Mottlingen, Landwirt Wegenast-Menzig-hausen, O. A. Sulz, Landwirt Hertloren-Rottweil, Land-wirt Kenner-Bessendorf, O. A. Oberndorf, Landwirt Lang-Balingen, Landwirt Jeps-Dürheim, O. A. Spai-chingen. — Arbeiter: Arnold-Tonbach, Dester-lein-Unterjettingen, König-Dobel.

IV. Wahlbezirk (Donaukreis) Landwirte: Guts-pächter Schiele-Wurzach, Regierungsrat Ströbel-Stuttgart, Gutbesitzer Losch-Altental, O. A. Blauenren, Bauer König-Haubach, O. A. Wangen, Schultheiß Tangel-Eppingen, O. A. Biberach, Schultheiß Mann-heim, O. A. Niedlingen, Bauer Benz-Hauselben, O. A. Ehingen, Gutbesitzer Adorno-Kaltenberg, O. A. Lett-nang, Wirt Laug-Ottenswang, O. A. Waldsee, Bauer Dreher-Braunweiler, O. A. Saulgau, Bauer Ganser-Laupheim, Ökonomierat Graf-Seegartenhof. — Ar-beiter: Greis-Leutkirch, Hirning-Schimmelmaile bei Mandheim und Koschmann-Erbach, O. A. Ehingen.

Trüb eigener Not greiff in die Tasche
Och Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postcheckkonto Berlin 75776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Jaggsbund, Berlin NW2

Vermischtes.

Erklärung der Firma Krupp. Entgegen einer Heilungsbildung, in der es heißt, den ehemaligen Kaiser sei mit einer großen Anzahl Aktien bei der Firma Krupp beteiligt gewesen, erklären die Krupp'schen Mitteilungen, daß eine Beteiligung nicht nur nicht besteht, sondern auch der Firma weder zur Zeit von F. A. Krupp, noch seit der Begründung der Aktiengesellschaft in irgend einer Weise ein Wunsch des Kaisers oder eines Mitglieds der kaiserlichen Familie dahingehend bekannt geworden sei.

Heidentanz im Dom zu Speyer. Am Weihnachtsfest 1919 kam der französische Apostolische Vikar Hortin von Madagassien, Angehöriger der französischen Besatzungsgruppen, das Sakrament der Taufe zu Speyer und 150 zu firmen. In Ostern sollen weitere 60 Madagassen die Taufe erhalten.

ep. Ehescheidungen. Einen Gradmesser für die innere und äußere Gesundheit eines Volkes bildet zu allen Zeiten die Stellung der Ehe im Volksleben, worüber u. a. die Statistik der Ehescheidungen Auskunft gibt. In Deutschland haben die Ehescheidungen schon lange vor dem Krieg von Jahr zu Jahr zugenommen: 1903 betrug die Zahl der Ehescheidungsanträge bei den preussischen Gerichten 9181, 1906 10924, 1909 12962, 1913 16662. Die ersten Jahre des Krieges brachten einen kleinen Rückgang: 1914 auf 14341, 1915 gar auf 9478. Dann schmete die Zahl wieder hinauf: 1916 waren es 12707, 1917 14532, 1918 20139, die bis dahin erreichte Höchstzahl. — Wie wird die Zahl für 1919 lauten? Soll der stichtliche Niedergang, der sich in diesen Zahlen spiegelt, so weiter gehen?

Warum uns das Ausland nicht helfen will. „Es gibt noch keine Not in Deutschland und wird auch vorher keine Not geben,“ schreibt ein Mitglied einer amerikanischen Kommission, die zum Studium der Verhältnisse im Lande weilt. Zur Begründung seines Ausspruchs berichtet er von Münchner Zuständen. In München gibt es 12 Theater, die eine tägliche Durchschnittseinnahme von 50000 Mk. bei voll besetztem Haus haben, das sind 60000 Mk. im Tag. Ferner gibt es zwei größere Varietés mit zusammen 10000 Mk. Einnahmen, 15 Log. Kabarets, die zusammen 15000 Mk. erzielen, 50 Konzerte, die 100000 Mk. täglicher Einnahme, 20 Bierlokale mit Sitzspielen, die 20000 Mk. Tageseinnahme haben. Das sind, da sämtliche genannte Lokale täglich ausverkauft sind, pro Tag allein 200000 Mk. für solche Veranstaltungen. Außerdem werden täglich in München für Konzerte und Tanzbelustigungen weitere 100000 Mk. an Eintritt bezahlt, so daß eine Stadt wie München mit 600000 Einwohnern täglich und 300000 Mk. für Vergnügungen ausgibt. Das sind im Monat 9 Millionen Mk., im Jahre über 100 Millionen Mk. Dazu kommt, daß für Wein, Sekt und sonstige Genüsse außerdem täglich 300000 Mk. ausgegeben werden, so daß im Jahr für derartige Zwecke (einschl. Theater usw.) rund 1/4 Milliarde verschleudert wird. „Für die Sanierung eines solchen Landes ist das amerikanische Geld zu schade,“ so sagte der Amerikaner.

Brand. In Liverpool (England) sind am 7. Februar durch einen Brand große Mühlen und Brotfabriken in Asche gelegt worden.

Prügelstrafe. Der Richter in Liviosei hat nach einem Gerichtsbeschluss die Prügelstrafe wieder eingeführt. Vier Straftäter wurden zu Arbeitshausstrafe und je 12 Peitschenhieben verurteilt.

Schwindler. Der in Frankfurt wohnende Ingenieur Hermann Vogel aus Leipzig, der ebendort wohnende Drogist Karl Kiesel aus Ruckberg, der in Stuttgart wohnende Ingenieur Ernst Umschaden aus St. Michael (Steiermark) und der in Heidelberg wohnende Chemiker Dr. W. Boos aus Bruchsal verkauften an einen französischen Händler u. a. Vorsch-Bänderchen im Betrag von 600000 Mk., wovon nach der Ablieferung einer gewissen Anzahl Risten 200000 Mk. in bar bezahlt wurden. Die Risten waren schon einem Güterbesorger in Stuttgart zur Absendung nach Argentinien übergeben, der Händler ließ sie aber vorzichtshalber noch vor der Verfrachtung öffnen. Sie enthielten Erde und Steine. Die Schwindler sind bereits verhaftet. Das Geld konnte bis auf einige tausend Mark wieder beigebracht werden.

Ein merkwürdiger Valutagewinn. Von der deutsch-schweizerischen Grenze wird folgender Vorfall berichtet: Ein badischer Grenzbesitzer war im Jahr 1918 wegen Schmuggels von der schweizerischen Grenzpolizei verhaftet, nachträglich aber gegen eine Kaution von 500 Franken wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Für die Franken zahlte er damals rund 7500 Mk. Die Angelegenheit zog sich in die Länge und endete schließlich mit der Verurteilung des Angeklagten zu 300 Franken Buße, wozu noch 300 Franken Gerichtskosten kamen. Der biedere Schmuggler erhielt demgemäß vor einigen Tagen den Restbetrag seiner Kaution mit 1700 Franken ausbezahlt, für die er auf der Bank über 24000 Mk. einwuschelte! Reingewinn demnach 16500 Mk.

Vorschlag auf die Besetzungszulagen. Am 12. März. Beamten und Staatsarbeiter werden in den nächsten Tagen die Vorschüsse zu den Feuerungszulagen zur Auszahlung gelangen. Es erhalten verheiratete männliche Beamte und Arbeiter des Staates in Stuttgart 400 Mk., in den Gemeinden der Ortsklasse II 300 Mk., in allen übrigen Gemeinden 100 Mk., Ledige je 100 Mk. weniger.

Ausbreiten des Getreides. Nach einer Verfügung der Landesgetreidebehörde müssen sämtliche Vorräte an Weizen und Gerste bis 20. Februar ausgedroschen werden. Die erforderlichen Kohlen sind bereitgestellt. Die Kommunalverbände haben nach dem Ausbruch sofort die Getreidebehälter abzunehmen.

Der Personentarif. Wie in der Sitzung des bad. Eisenbahnrats mitgeteilt wurde, soll der für Baden und Württemberg bestehende Einheitsstarb der 4. Eisenbahnwagenklasse, der 2,7 Pfennig beträgt, auf 1. März auf 2,4 Pf. ermäßigt werden. Da vom gleichen Termin die Tarife im ganzen Reich um 100 Prozent erhöht werden, so entfällt auf den Tarif der 4. Klasse tatsächlich also nur eine Erhöhung um 75 Prozent gegenüber dem jetzigen Preis.

Der Preis für Zeitungspapier ist nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums ab 1. Februar um weitere 10 Mark für 100 Kg. erhöht worden. Bei dieser Not wird aber Druckpapier noch ins Ausland verschleppt.

Die neuen Kohlenpreise. Auf Grund des Beschlusses des Reichskohlenverbands vom 28. Januar werden die Verkaufspreise für alle Kohlenarten ab 1. Februar beträchtlich erhöht, und zwar u. a. für Förderkohle um 42,80 Mk. pro Tonne, Stückkohle 65,30 Mk., Klumpkohle 49,80—61,40 Mk., Koks 44,40 Mk., Gasflammförderkohle 49,20 Mk., Anthrazitflammkohle 71,70 Mk., Giesereis 70,50 Mk. und Brechkohle 60,90 bis 82,40 Mark.

Kupferwucher. Große und kleine Schieber haben sich auch des Schleichhandels mit Kupfermünzen bemächtigt. Für einen Kupferpfennig werden bereits 25 Pf. in Papier bezahlt. Der Pfennig wird als Wechselgeld bald verschwinden sein.

Für Zucker. Die warme Witterung dieses Winters hat auch bei unseren Bienen beachtenswerte Erscheinungen hervorgerufen. Es kommt nicht allzu häufig vor daß die Bienen an Weihnachten fröhlich ausfliegen und eifrig an Christblumen Pollen zu sammeln beginnen. Eine Folge dieser warmen Tage wird sein, daß sie bereits mit der Brutpflege beginnen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man wohl in jedem Volk jetzt schon Brut vermischt. Damit geht Staub in den Bienen eine ziemlich größere Abnahme des Stockgewichts als in früheren Jahren. Vorsichtige Züchter müssen, besonders wenn sie nicht sehr reichlich einzwintern haben, an günstigen Tagen die Vorräte der Wölker nachsehen. Daß das rasch und mäßig ohne Störung zu geschehen hat, versteht sich. An warmen Tagen im April, vielleicht auch schon früher, muß höchst wahrscheinlich gefüttert werden. Was an dieser Zeit an Nektar des Volks unterlassen wird, rächt sich im Sommer bitter.

Briefgeheimnis während des Ausnahmezustands. Während sonst das Briefgeheimnis nur im Straf- und Konturverfahren verletzt werden darf, ist während des Ausnahmezustands eine allgemeine Verletzung des Briefgeheimnisses erlaubt. Die Ausführung der Maßnahme und der Verantwortung für sie liegt in den Händen des Reichswehrministers.

Kontingent für Zigarren und Rauchtobak. Das Deutsche Tabakgewerbe in Bremen und die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft (DeTag) beantragten bei der Reichsregierung die Erhöhung des Zigarrenkontingents vom 1. Februar 1920 ab auf 45 % der 1918er Verfestigung; die Rauchtobakherstellung soll auf 75 % erhöht werden.

Ausstellung für Wasserbau. In der Zeit vom 21. Februar bis 4. März findet im Landesgewerbemuseum in Stuttgart eine Fachausstellung für Wasserbau und Binnen-schiffahrt statt. Alle Arten ausgeführter und nicht ausgeführter Schleusen und Hebewerke und alle Gebiete des Kanal- und Flußbaus und der Binnen-schiffahrt werden durch Modelle vertreten sein.

Preisermäßigungen. Die Druck- und Papierpreisausschläge wurden für Februar auf 184,50 Mk. der Dr. für Rollenpapier und 183,50 Mk. für Formpapier festgesetzt. — Das Rheinische Braunkohlenjudikat in Köln hat ab 1. Februar die Preise für Braunkohle in Preiletts um 30 Mk. die Tonne zusätzlich Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht.

Ein Antrag auf Erhöhung der Maßhöhe vom Ausschuss des Reichsmüllerverbands an die Reichsgetreidebehörde ist genehmigt worden. Rückwirkend auf den 1. Dezember 1919 wird eine Erhöhung um 36 Mk. die Tonne für die am schwächsten beschäftigten Mühlen geordert. Den Mühlen, die mindestens mit 81 Prozent ihrer Friedensleistung beschäftigt sind, soll nur eine Erhöhung um 20 Mk. gewährt, die restlichen 10 Mk. aber zur Verbesserung der Maßhöhe der Minderbeschäftigten verwendet werden.

Gefängnis auch für Verbraucher. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen. Um den Schleichhandel und die unerlaubten Schächtlungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karten abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarten an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstverorger Fleisch aus Hauschlachtungen an andere als an den Kommunalverband abgibt, wer Schweine über 25 Kg. an andere als an staatlich bestimmte Viehhandelsstellen abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder fälscht, wer ohne Genehmigung Hauschlachtungen vornimmt usw.

Herausnehmbare Futtertrippe für Ziegen.

Zu einem röhrenartigen Ziegenstall gehört auch eine richtige Futtertrippe. Diese ist gewöhnlich in der Art hergestellt, daß ein Rattengitter in Reichhöhe der Tiere schräg gegen eine Wand gestellt wird. Sie dient zur Aufnahme des Rauhfutters. Es wäre ja nicht nur ein unverantwortliche Verschwendung, sondern auch der Gesundheit der Tiere wenig zuträglich, wollte man das Futter einfach auf den Boden werfen. Solche Futtertruppen sind aber nur für Langfutter verwendbar. Vielmehr hat man auch, um die herabfallenden kurzen Futterteile ab-



zunehmen, unter der Hand einen Futterkasten anbracht aus dem man dann auch gestohene Rüben, Laub, Hack- u. dgl. füttert. Für Tränke und Schrot benutzt man in der Regel wohl einen Eimer oder auch einen festliegenden Trög. Das bringt aber manche Unbequemlichkeiten mit sich. Da letzterer auch nur umständlich zu reinigen ist, unterbleibt solches gar leicht. Futterreste bleiben zurück, säueren leicht und werden so der Gesundheit der Tiere gefährlich. Da erscheint uns bestehende abgebildete herausnehmbare Futtertrippe äußerst praktisch. Der Einbau, am besten aus galvanisiertem Blech, kann nach jeder Fütterung leicht herausgenommen werden. Die Futtertrippe dient zur Aufnahme des Futters und die Tränke kann darin verabreicht werden. Aus der Zeichnung dürfte die Herstellung deutlich ersichtlich sein.

Für den Garten.

Arbeiten im Obstgarten. Mit gutem Erfolg wird im Frühjahr das Schröpfen der Stämme und Aeste ausgeführt. Bäume, deren Stämme oder Aeste an einzelnen Stellen durch Frost gelitten haben, oder die freige, gummilässige oder brandige Stellen zeigen, werden durch das Schröpfen meist bald gesund. Je nach Stärke des Längsschnittes zieht man mit der Messerspitze drei bis vier Längsschnitte durch die Rinde. Dadurch wird das Rindengewebe durchschnitten. Die Schnitte dürfen aber nur die Rinde durchschneiden, nicht aber in den Splint gehen. Die Folge des Schröpfens ist ein Auseinandergehen der Rinde, eine Erweiterung des Splintes, ein freiere, leichtere Saftzirkulation und ein freudiges Wachstum des Baumes. Oft kann man schon nach einigen Wochen wahrnehmen, daß die geschädigten Stellen an Stärke zugenommen haben. — Gesunde, kräftige Obstbäume mit minderwertigen Früchten werden im Frühjahr durch Pfropfen umveredelt. Zum Umproppern wähle man aber nur Reifer solcher Sorten, welche in Bezug auf Wachstum und Eintritt des Triebes mit der Unterlage übereinstimmen, d. h. auf einen frühtreibenden, starkwüchsigen Stamm keine spätreibenden schwachwüchsigen Sorten zu ungleicht. Hier ist es am besten, einen Fachmann zu Rate zu ziehen. Ganz besondere Aufmerksamkeit erfordert die Düngung der Obstbäume. Nach einem guten Obstergebnis ist eine angemessene Düngung besonders nötig, sonst läßt der Baum im folgenden Jahr wegen Nahrungsmangels die kleinen angehenden Früchte bald nach der Blüte fallen. Deshalb ist auch während der Blüte und bald nach derselben eine flüssige Düngung sehr anzuraten. Man darf aber nie mit frischer, unvergorener Jauche düngen, da solcher bei den Apfelbäumen den Krebs, bei Birnen die Kernfäule und beim Steinobst den Gummi- und Darmsfluß zur Folge hat. Am besten ist es, wenn man dem mit Wasser verdünnten Pflanz auf die Gießkanne eine Handvoll Kalk, etwas Kalk, Knochenmehl, Hühner oder Taubenmist zusetzt und die Mischung dann unter öfterem Umrühren einige Tage in einer Bütte an der Luft stehen läßt. Zu Anfang, Mitte und Ende Mai je einmal dem Baum reichlich zugeführt, wird diese Düngung ein kräftiges Wachstum, eine üppige Laubentfaltung und eine vollkommene Ausbildung des Fruchtansatzes bewirken. Beim Steinobst ist immer etwas Kalk zuzusetzen. — Eine weitere kleine Arbeit ist die fortgesetzte Vertilgung des Ungeziefers, die der praktische Gartenfreund nie aus dem Auge läßt. Käfer- und Wollkäfer, Blatt- und Blattläuse, Froschspanner, Ringelspanner und Gespinntmotten müssen so viel wie möglich bekämpft werden. Auch ist dem Vogelschutz die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Unsere kleinen Sänger sind die treuesten Gefährten im Kampf gegen die Schädlinge. Jeder beherzige das Wort, das auch für den Obstgärtner gilt: Nur hinter der Arbeit steht der Erfolg!

Die Notlage der Ziegelindustrie. In einer Versammlung des Landesverbands württ. Ziegeleibesitzer in Stuttgart, die auch aus Baden und Bayern besucht war, wurde mitgeteilt: Von den 160—170 Ziegelwerken Württembergs mit einer Jahresleistungsfähigkeit von über 500 Millionen Ziegelsteinen waren 98 Werke im Sommer 1919 auf dem Papier insgesamt 4500 Tonnen Kohlen monatlich zugewiesen. In Wirklichkeit angeliefert wurde aber kaum 30 Prozent der Menge. Auf normalem Wege sind nur wenig Kohlen zu erhalten. Die Ersatzbrennstoffe sind vom Markt fast ganz verschwunden oder nur zu Preisen zu bekommen, die sich die Ziegelindustrie bei den ihr vorgeschriebenen amtlichen Höchstpreisen nicht mehr leisten kann. Gegenwärtig stehen von den 160 Ziegelwerken nur 11 Werke auf dem Kohlenbelieferungsplan. Von diesen 11 Werken kein Gramm Kohlen bekommen, was in der Hauptsache auf die allgemein bekannten Ursachen (Streik, Mehrleistungen an die Entente, Ueberforderung usw.) zurückzuführen ist. Nur 2 oder 3 Werke arbeiten zwar, aber auch diese nur in ganz beschränktem Umfang.

Luzern
Berlin-Johannisthal
AMBI-Massivbau
AMBI, Abt. I, 3999 Berlin-Johannisthal.

In allen Versammlungen wurde nachstehende Entschlie-
ßung angenommen:

Auf's Tiefste bewegt die Frage der Auslieferung deut-
scher Staatsangehöriger alle Herzen. Seit die Ameri-
kaner unter dieses Verlangen im Friedensvertrag der
deutschen Regierung abgezwungen wurde, hat viele sich
aufgehört, zu erklären: Die Auslieferung ist un-
möglich! Denn die Aburteilung Deutscher vor feind-
lichen Gerichten, deren Mitglieder Kläger, Richter und
Vollstrecker in einer Person sind, bedeutet: Die Ab-
erkennung der Rechte eines selbständigen Staates,
über die Rechtmäßigkeit der Handlungen seiner
Angehörigen selbst zu entscheiden, den Eingriff in ein
verfassungsgemäß gewährtes Grundrecht des
deutschen Volks, die Ausfaat neuen, tiefen Hasses zwi-
schen den großen Kulturvölkern, die Vernichtung der
hoffnung auf Wiederanknüpfung der vom Krieg zer-
rörten menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Be-
ziehungen. Die Angeforderten so len vor deutschen
Richtern erscheinen, so fordert es die nationale Selbst-
achtung und der internationale Rechtsgebrauch. In
keiner Stunde ergeht die bringende Forderung an die
Reichsregierung, keine Mittel unversucht zu laßen, um
die Gegner von ihrem ungeheuerlichen Plan abzu-
bringen.

Die Auslieferung.

München, 9. Febr. Am Lenbachplatz fand gestern eine
großartige Kundgebung gegen die Auslieferung statt. Vor
dem Hotel „Die Jahreszeiten“, wo ein Teil der feind-
lichen Ueberwachungskommission wohnt, wurde gerufen:
Nieder mit Frankreich!

Paris, 9. Febr. Der Mitarbeiter „Pertinax“ (der
Hartnäckige) des Blattes „Echo de Paris“ schreibt, es sei
bestreblich, daß Lord George sein eigenes Werk ver-
leugnen wolle. Er habe doch seine bekannten Quali-
täten gemacht mit dem Wahlspruch: Der Kaiser an
den Galgen, die deutschen Geldbeutel bis zum letzten
Pfennig geleert!

In Paris herrscht nach „Morning Post“ große Er-
regung über die „Kriegsfrage“, die auf Wunsch und Ver-
anlassung der Reichsregierung in Deutschland veran-
staltet werde.

Ludendorff über die bolschewistische Gefahr.

Berlin, 9. Febr. Nach einem Telegramm des „Vol-
kz“ aus dem Haag bringt der Vertreter der „Rechts-
presse“ eine Unterredung mit General Ludendorff,
in der sich dieser zum erstenmal ausführlich über die
Weltgefahr des Bolschewismus äußert. Auf die Frage,
ob er an die Angriffsabsicht der Sowjetrepublik glaubt,
entgegnete General Ludendorff: Unbedingt! Der Bol-
schewismus ist eine offensive Macht und sein Ziel die
Weltrevolution. Auf die weitere Frage, gegen welche
Front seiner Meinung nach sich die militärische Offen-
sive Sowjetrußlands zuerst richten werde, meinte Ge-
neral Ludendorff: Sie richtet sich gleichmäßig gegen
alle Fronten. Sowjetrußland verwendet heute mi-
litärische Kontingente in Zentralasien, an den deutschen
Grenzen, an den Einfallstoren Rumäniens. Die mili-
tärische Kraft, die der Bolschewismus im April d. J.
an den östlichen Fronten Bolens konzentrierte kann, wird
von Sachverständigen auf 800000 Mann geschätzt. Sie
sind diszipliniert und werden gut ausgerüstet sein. Die
bolschewistische Armer ist eine wirkliche Bedrohung,
eine stets vorhandene Gefahr, umso bedrohlicher, als sie

kommunistische Miliz in jedem Lande findet, in das
sie einfällt. Deutschland war in der Geschichte wieder-
holt der Damm, an dem die Flut von Osten sich ge-
brochen hat. Sollte es nicht möglich sein, sie auch dies-
mal abzuhalten, so wird die Folge vernichtend sein.

Das Urteil gegen Hesserich rechtsungültig.

Berlin, 9. Febr. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hatte am 16. Dezember über den Vizelandrat
a. D. Dr. Hesserich eine Ordnungsstrafe von 300
Mark verhängt und das Urteil zwecks Zwangsvollstreckung
Hesserich durch ein Amtsgericht zustellen lassen. Auf
erhöhte Beschwerde Hesserichs hat das Landgericht I die
Zustellung als rechtsungültig abgewiesen und die
Zwangsvollstreckung für unzulässig erklärt.

Zeitungsverbot.

Berlin, 9. Febr. Die „Deutsche Zeitung“ ist durch
Roske auf acht Tage verboten worden.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die deutsche Valuta scheint bei ihrem
Fall auf 4% Rappen in der Schweiz vorläufig den
festen Stand erreicht zu haben. Die Gründe sind nicht
lang klar und beruhen vielfeicht auf den Finanztrans-
aktionen in Holland. — Jedenfalls ist zunächst aus dem
Devisenmarkt eine Besserung eingetreten, die die deut-
sche Valuta in Zürich auf 6 1/2 Rappen steigen ließ. Der
Metallgedevote wird nun behördlich eingeschränkt. Vor-
verhand aber zahlte man bis in diese Lage hinein für
in 20 Mark-Stück in Gold mehr als 500 und für ein
Mark-Stück in Silber mehr als 12 Mark. Der Schwin-
del blüht ebenso wie das Schieberium. Beides zusam-
men nennt sich Spekulation.

Börse. An dem Tage, an dem das New Yorker Kurs-
telegramm die Reichsmark mit einem Cent bewertete
(der Friedensstand war 23,60 Cents), gab es an den
deutschen Börsen eine sieberhafte Säufse mit Kursrück-
gängen, die alles vorher Dagewesene übertrafen. Und an
demselben Tage, an dem die Kurse von 800 bis 900
deutschen Deersführern und Politikern bekannt wurde,
die die Entente für ihre Raschegäfte fordert, nahm die Kurs-
steigerung an den deutschen Börsen Formen an, die schon
mehr an einen Weltsturz erinnerten. Sprünge um hundert
Prozent waren keine Seltenheit. Schiffahrtaktien, Chemi-
sche Werte, Elektrizitätspapiere, aber auch Montan-
sachen wirbelten in diesem Tummel wild in die Höhe.
Die deutschen Anleihen dagegen waren ruhig. Auch die
Weißhäre haben sich gegen die vorige Woche nicht ver-
ändert.

Produktenmarkt. Die Erzeugung der im freien
Verkehr gehandelten Bodenerzeugnisse dauert fort. Nahrung-
mittelabriken, Mühlen und Gemeinden laufen, was sie be-
nöhtigen können. Auch die Reichsregierungsämter haben
sich jetzt auf den Hafer geehrt, wahrscheinlich, weil
sie eine Stockung der Brotlieferung befürchten. Die
Knappheit nimmt infolgedessen immer noch weiter zu.
Leichter vorrätiger Hafer wird in Berlin der Zentner
mit 180—185 Mark bezahlt. Daselbst die Feuerung
des Malfutters anhält und die Preise noch steigen
liegen auf der Hand. Den und Stroh sind nicht zu
bezahlen. Die höchsten Preise gelten bei uns in Süd-
westdeutschland, wo Stroh jetzt höher steht als der Get,
den der Bauer für seinen Dübel bekommt. Die in der
Presse verbreiteten Preise für Get mit 45—50 Mark
und für Stroh mit 25—30 Mark entsprechen lange nicht
dem, was in Wirklichkeit bezahlt wird; es geht bis zum
Zopellen.

Warenmarkt. Die Kohlenpreiserhöhung hat eine
Erhöhung der Eisenpreise nach sich gezogen, und diese
widerum eine solche aller vom Eisenmarkt abhängigen
Halb- und Ganzfabrikate. So ist Siegenländer Eisenerz
am 1. Januar von 129 auf 190 Mark die Tonne hinauf-
gesetzt worden. Besonders schlimm sind die Zustände für
die verarbeitende württembergische Industrie geworden,
die besonders auf den Veredelungsbetrieb angewiesen ist
und alle Erfordernisse dazu von dritter Hand beziehen
muß. — Der Kaffeemarkt steht heute auf 25 Mark das
Pfund geröstete Ware. — Die Lederbörsen zeigen fort-
gesetzte Hausse. Die Nachfrage nach Häuten und Fellen
ist nirgends zu befriedigen. Leder zieht immer weiter an.
— Auch die Rauchwaren sind zur Freude der Jäger in
den allgemeinen Preisstumel geraten. Ein schöner Fuchs-
balg wird mit 500 Mark, ein Warber mit 1300 Mark,
ein Gase mit 25—30 Mark und ein etendes Maulwürfs-
lein mit 12—15 Mark bezahlt. — Im Textilgewerbe
wäre genügend Baumwolle vorhanden, wenn es den
Spinnereien nicht an der Kohle fehlte. Der Zentner
Wolle gilt 3—4000 Mark.

Viehmarkt. Trotz fortgesetzter Nachfrage sind die
Preise in dieser Woche nicht weiter gesunken, angenom-
men die Pferde. Milchschweine kosten wieder 400—500
Mark das Paar bei spärlicher Zufuhr zu den Wochen-
märkten; Läuferfische entsprechend mehr.

Holzmarkt. Von einer Wirkung des großen Wind-
bruchs im Januar ist in den Holzpreisen noch nichts zu
spüren. Die Nachfrage ist kümmerlich, die Ausfuhr noch
lange nicht unterbunden. Diese Verhältnisse erweisen sich
immer mehr auch als verhängnisvoll für die Herstellung
von hochhaltigem Papier, das für die Zeitungen seit
Kriegsausbruch sich im Preise geradezu verzehnfacht hat
und wenn dem Holzwucher kein Einhalt geschieht, die
Existenz des ganzen Zeitungsgebietes bedroht.

Der Beford des Gesetzmachens. Man schreibt
der „Frankf. Ztg.“: Am 19. Januar lieferte die Post
Nr. 252 des „Reichsgesetzblattes“ von 1919 aus, die
falschlich den Aufbruch trägt: „Ausgegeben zu Berlin,
den 31. Dezember 1919“. Die Druckerei wurde offen-
bar mit dem Druck all der in der Eile hergestellten
Gesetze bis zum Jahresende nicht fertig, und das erscheint
einigermaßen begreiflich, denn das Reichsgesetzblatt von
1919 umfaßt ohne das Register 2207 Seiten. In einem
Jahre 2207 Seiten Gesetze, ohne die vielen dazu gehörigen
und sonstigen amtlichen Verordnungen, die doch auch Ge-
setzkraft haben! Das macht auf jeden Werktag rund 7
Seiten Reichsgesetze! Sollte es einen Menschen geben,
der all diese Gesetze liest und ihren Inhalt im Gedächtnis
behält? — Mit den 2207 Seiten Reichsgesetze hat das
Jahr 1919 alle früheren Jahre weit übertroffen. Sogar
die dicksten Bände des Reichsgesetzblattes, die von 1911
und von 1892, umfassen nur 1157 und 1056 Seiten,
also nur halbsoviel wie 1919, und das waren Ausnahme-
jahre. Das Jahr 1871, das auch einen Krieg abschloß,
beanlagte sich mit 483 Seiten, das Jahr 1914 noch mit
556. Aber es gab auch Jahre, die noch wesentlich
daranunter blieben, so 1902 mit 320, 1880 mit 204, 1874
mit 195 und 1880 sogar mit 192 Seiten.

Bekanntmachung

Gemäß § 2 der Vollzugsverfügung zum Gesetz betr. die
Grundwerbsteuer vom 24. November 1919 wird bekannt
gemacht, daß der Gemeinderat am 11. Nov. 1919 beschlossen
hat, den Zuschlag zur Grundwerbsteuer hier mit Wirkung
vom 1. Oktober 1919 ab im zulässigen Höchstsätze von 1,6
Proz. — in den Fällen der §§ 9 und 28 Abs. 2 von 0,8 %
— des steuerpflichtigen Werts zur Erhebung zu bringen.
Wildbad, den 9. Februar 1920.
Stadtschultheißenamt: Baeyer.

Marder bis 900 M.

Maulwurf
weissleder 12 M.
Alle anderen Felle
auch zu stets allerhöchsten
Tagespreisen.
Weissgerben von Fellen
aller Art.
E. Maisschhofer
Hobener Tierausfleischer
Pforzheim Lindenstr. 52
Telephon 1501. 7376

Suche in bester Lage in Wildbad
einen Laden
ca. 30—60 qm gross. :: Offerten an
Paul Engelbrecht, Karlsruhe,
Schloßhotel. :

Geflügel- u. Kaninchen-
Züchterverein Wildbad.

Heute abend 7 Uhr
Ausführung
im Lokal zur „alten Linde“.
Dringendes Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Schuhwaren
werden mit jedem
!! Tag teurer !!
Die ungeheure Ver-
teuerung der Rohwaren
infolge der schlechten Valuta bringt neben dem Mangel
an Häuten und Fellen die gewaltige immer fortschreitende
Verteuerung der Schuhwaren mit sich.
Durch rechtzeitige günstige Abschlässe bin ich in der
Lage, einfache bis feinste Schuhwaren in jeder
Größe preiswert zu liefern.
Ebenso große Posten selbstgefertigter Leder-
stiefel für Herren, Damen, Knaben, Mädchen
und Kinder.
Reparaturen prompt und billig
NB. Alle Lederstiefel, welche nicht mehr befohlt
werden können, werden die Schäfte ausgebessert und mit
Bollholzföhlen wieder in Stand gesetzt.
Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

Füchse-,
Marder-,
Iltis-,
Kanin- etc.
Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen.
K. Schrempf, Kürschnermeister
Telephon 877 Pforzheim Westl. 22.

Geschäfts-Drucksachen jeder Art
— liefert schnellstens —
die Wildbader Verlagsdruckerei. Tel. 33

Einen gut erhaltenen zu-
sammenlegbaren
Kinderport-
Wagen
zu kaufen gesucht.
Wer, sagt die Expedition.

Schwämme
in großer Auswahl zu
billigsten Preisen bei
Chr. Schmid & Sohn
Königs-Karlsruh. 68.

Guterhaltenes
Piano
oder Flügel aus Pri-
vathand zu kaufen ge-
sucht. Angeb. unter Chiffre
S. 1473 an Rudolf
Hoffe, Stuttgart erbeten.

Frische
Batterien
Stück 1,85
— bei —
Chr. Schmid & Sohn
König-Karlsruh. 68.

1. Württemb.
Geld-
Loterie
zu Gunsten der aus Esch-
Lothringen Vertriebenen
Ziehung am 10. Febr. 1920
4800 Gewinners mit ges. Mk.
76000
Hauptgewinn 10000
30000
10000
Lose zu 3 M. 5 Lose 15 M.
10 Lose 30 M.
Porto u. Liste 50 Pf. mehr, zu
bez. durch 4. Lotterieleihnahmen
J. Schweickert, Eberh. Felzer
Stuttgart Friedenstr. 50
Markstraße 6. Postchekkonto.
Nr. 2055. Nr. 8413
Bel allen Verkaufsstellen.

Neu eingetroffen
sind wieder rein orien-
tali che
Cigaretten
15 20, u. 30 Pfg.
das Stück
— bei —
Chr. Schmid & Sohn
Tabakwaren großhandlg.
König-Karlsruh. 68.

Tüchtiger, zuverlässiger
Pferdeknecht
kann sofort eintreten
König-Karlsruh. 68.

